

Beschäftigung mit der deutschen Nachkriegsgeschichte ungeachtet ihres relativ späten Beginns Mitte der 60er Jahre inzwischen derart reiche Früchte getragen hat, daß die veröffentlichten und zugänglichen unveröffentlichten Quellenbestände bereits zu einer kaum noch überschaubaren Sekundärliteratur verarbeitet worden sind.

Im Vordergrund des vorliegenden Bandes steht zu Recht die politische Geschichte. Denn – so begründet Morsey treffend – die »fortdauernde Abhängigkeit der Bundesrepublik (wie der DDR) von den übergeordneten Interessen der Blockmächte und ihre Integration in Westeuropa sowie in das Atlantische Bündnis« und die Tatsache, daß die Erforschung anderer Politikbereiche im zugrundeliegenden Zeitraum »nicht annähernd vergleichbar vorangeschritten« sei (S. XI), habe ein anderes Vorgehen nicht sinnvoll erscheinen lassen. Dieser Entscheidung korrespondiert auch die Periodisierung des ersten, deskriptiven Teils. Der Epoche der Besatzungsherrschaft, die einbezogen wurde, weil die Reihe für die Jahre 1945 bis 1949 keinen eigenen Band vorsah, folgt der Weg der Bundesrepublik zu einem souveränen Staat (1949–1955). Nach der Phase der Konsolidierung (1955–1963) befaßt sich Morsey mit der Kanzlerschaft Ludwig Erhards und beschreibt abschließend die Zeit der Großen Koalition 1966–1969. Trotz der erwähnten Schwerpunktsetzung versäumt es der Autor freilich nie, auch die wirtschafts-, innen- und sozialpolitischen Entwicklungen in der ihm gebotenen Länge abzuhandeln.

Den die Grundprobleme und Tendenzen der Forschung thematisierenden zweiten Abschnitt des Buches leitet Morsey mit einem Überblick über den Studiengegenstand Bundesrepublik ein und beschreibt dann den Verlauf der Erforschung. Anschließend gibt er einen sehr instruktiven Abriß der Archivsituation in der Bundesrepublik und stellt die bedeutenden in- und ausländischen Quellen sowie Bibliographien vor. Nach einer sehr ausführlichen Erörterung zentraler Studien zur Geschichte der Besatzungszeit in den drei Westzonen schließen sich Schwerpunktthemen der vorhandenen Untersuchungen an, wobei aus den bereits genannten Gründen außenpolitische Studien und Kontroversen abermals eindeutig gegenüber innenpolitischen Einzelkomplexen überwiegen. Dabei läßt es Morsey ungeachtet seines Bemühens um Objektivität bei der Diskussion der verschiedenen Standpunkte in den wissenschaftlichen Auseinandersetzungen nie an einem profunden eigenen Urteil fehlen.

Der umfangreiche Anhang mit einem alle wesentlichen Arbeiten umfassenden Quellen- und Literaturverzeichnis, einer Zeittafel, einer Karte, zahlreichen informativen Tabellen sowie einem Personen- und einem Sachregister runden den guten Gesamteindruck dieses gelungenen Grundrisses ab. Morsey hat die ihm gestellte Aufgabe, die er selbst als »Wagnis und Herausforderung« (S. XI) verstand, souverän gelöst. Mit diesem bedeutenden Werk liegt nun eine zuverlässige Bilanz 25jähriger intensiver Forschungen zur west- und bundesdeutschen Geschichte im Zeitraum von der Potsdamer Konferenz 1945 bis zum »Machtwechsel« 1969 (G. Heinemann) vor.

*Ulrich Lappenküper, Bonn*

Axel Schildt, Die Grindel-Hochhäuser. Eine Sozialgeschichte der ersten deutschen Wohnhochhausanlage, Hamburg-Grindelberg 1945–1956, Hamburg 1988 (Christians-Verlag)

Axel Schildt, ein bereits durch mehrere Arbeiten ausgewiesener Zeithistoriker, legt die Ergebnisse eines von der VW-Stiftung geförderten Projektes über die erste Wohnhochhausanlage der Nachkriegszeit vor. Das Buch, mit vielen Bildern versehen, ist teuer aufgemacht und soll wohl auch ein breiteres Publikum ansprechen. Es handelt sich um eine der wenigen Arbeiten zum historischen Wohnungsbau, die von Nicht-Architekten geschrieben wurden. Das ist kein Zufall, ist doch ein solches Themengebiet gerade in den letzten Jahren vermehrt von Historikern und Historikerinnen aufgegriffen worden.

Historische Stadtforschungen liegen bislang vor allem für Städte des 19. Jahrhunderts und weniger für die Geschichte des 20. Jahrhunderts vor. Hier trägt die Arbeit von Schildt zur Ausfüllung einer Lücke bei. Axel Schildt gelingt es, eine Brücke zwischen der sozialgeschichtlichen Stadtgeschichtsschreibung und den städtebaulichen Studien bzw. der gegenwärtigen Stadtsoziologie zu schlagen. Die Arbeit beruht auf der Auswertung von Akten des Public Record Office, London, und dem Staatsarchiv Hamburg sowie kleinerer Archivalsammlungen. Hinzu kommen Akten aus den Behörden und anderen staatlichen Einrichtungen, private Unterlagen von Zeitzeugen, schriftliche Mitteilungen von Architekten, Gespräche mit Zeitzeugen, veröffentlichte Quellen und zeitgenössische Schriften aus den späten 40er und den 50er Jahren.

Die Planung der Grindelberg-Hochhäuser fiel noch in den Rahmen der britischen Besatzungspolitik. Damals sollte Hamburg zur Hauptstadt der britischen Zone werden. Bauvorbereitung und Bauorganisation sowie die Beschaffung von Arbeitskräften und Baumaterialien in den Jahren 1946–1948 veranschaulichen die materiellen Notstände dieser frühen Nachkriegszeit, vermitteln überdies ein lebendiges Bild von den Kompetenzüberschneidungen zwischen den britischen und den deutschen Behörden. Darüber hinaus werden auch die Handlungsspielräume aufgezeigt, die den deutschen Behörden offen standen, wenn es darum ging, Anweisungen der Besatzungsbehörden auszuführen.

Dies gilt besonders für den Bereich der Architektur. Deutlich wird, daß die britischen Besatzungsbehörden keinen monolithischen Block bildeten. Die entsprechenden Kapitel können ferner als ein wichtiger Beitrag zur Geschichte der Arbeit in der Nachkriegszeit angesehen werden, wozu es bisher noch kaum Studien gibt. Interessant sind beispielsweise Schildt's Ausführungen über die Arbeitsbedingungen gerade am Hochhausbau. Diese machen deutlich, wie gefährlich ein solcher Beruf damals noch war. Hier gelingt Schildt eine besonders dichte Beschreibung.

Es ist keine Übertreibung, wenn Schildt davon ausgeht, daß die Grindelberg-Hochhäuser in gewisser Weise als Vorbild für die wohnungsbaugeschichtliche Entwicklung der späteren Jahrzehnte gelten kann. Allerdings wurden die Grindelberg-Hochhäuser im innerstädtischen Bereich erstellt, während die später erbauten Großsiedlungen meist am jeweiligen Stadtrand lagen. Im Jahre 1956 wurde schließlich die Grindelberg-Wohnanlage bezugsfertig, sechs 14-geschossige und sechs 8–9-geschossige, gegeneinander versetzte Gebäuderiegel. Damit hatte sich die Hochhauskonzeption durchgesetzt. Über diese Frage gab es in Hamburg eine intensive und kontrovers geführte Diskussion. Wirtschaftliche, städteplanerische, architektonische, sozialhygienische und bevölkerungsbiologische Argumente, die gegen den Hochhausbau vorgebracht wurden, konnten – obwohl sie z. T. durchaus berechtigte Einwände darstellten – schließlich den Siegeszug dieser Bauweise in der öffentlichen Meinung nicht aufhalten. Im Kommunikationssystem zwischen Behörden und Parteien spielten Wirtschaftlichkeitsüberlegungen eine besonders große Rolle und bildeten so etwas wie einen gemeinsamen Kitt in der Argumentation.

Die Akzeptanz der Grindelberg-Häuser durch die Bevölkerung markiert auch so etwas wie eine Manifestation eines Nachkriegsamerikanismus, der die bundesrepublikanische Kultur maßgeblich bestimmen sollte. Einige Architekten, die sich an dem Bau der Grindelberg-Häuser beteiligten, bekannten sich schon in den 20er Jahren zum Neuen Bauen und verdienten im Dritten Reich mit Industriebauten ihr Geld, da hierbei noch vielfach modernes Bauen (im Unterschied zum Wohnungsbau) möglich war.

Allgemein ist bekannt, daß der Wohnungsbau der 50er Jahre in erster Linie ein sozialer Wohnungsbau ›gehobener Art‹ war. Dies gilt in besonderem Maße für die Grindelberghäuser. Als Mieter kamen bevorzugt finanziell konsolidierte Familien in Frage, d. h. nur jene Mieter wurden berücksichtigt, die sich Baukostenzuschüsse bzw. zinsfreie Darlehen leisten konnten. Damit sammelte sich ein Betrag an, der eine nicht unbedeutende Rolle bei der Finanzierung jener Bauten spielte. Die Bewohner und Bewohnerinnen waren schließlich